



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Patrick Schäfli, FDP: Immer mehr ausländische Mitarbeitende in der Baselbieter Kantonsverwaltung? Handlungsbedarf wegen der Personenfreizügigkeit auch im Baselbiet!**

Autor/in: [Patrick Schäfli](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 23. Juni 2011

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Nationalrat ist man zurecht besorgt, dass in der Bundesverwaltung immer mehr ausländische Mitarbeitende eingestellt werden. Dies insbesondere seit der Einführung der Personenfreizügigkeit, wobei diese auch gerne als Alibi herhalten muss. Wo z.B. in Deutschland bevorzugt eigene Landsleute eingestellt werden. Es stellt sich die Frage, wie dies in der Baselbieter Kantonsverwaltung und den angegliederten öffentlich-rechtlichen Anstalten gehandhabt wird. Meinen Informationen zufolge liegt auch hier ein gewisser Trend in diese Richtung vor.

Es ist selbstverständlich, dass auch der Kanton Basel-Landschaft ausländische Spezialisten benötigt. Dennoch muss man sich die Frage stellen, ob nicht für zahlreiche Funktionen auch ausreichend schweizerische Bewerber vorhanden wären.

Die Regierung ist daher aufzufordern, dem Landrat entsprechend Bericht zu erstatten, wie die Lage im Baselbiet aussieht. Zentral ist dabei auch, wie die entsprechende Kriterienwahl vor sich geht. Auch muss die Frage gestellt werden, ob auch in heiklen Bereichen der öffentlichen Sicherheit (Polizei, Untersuchungsrichterämter) vermehrt ausländische Mitarbeitende angestellt werden.

Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen, welche sich sowohl auf die Kantonsverwaltung wie auf die öffentlich-rechtlichen Anstalten beziehen, schriftlich zu beantworten:

1. Wieviele ausländische Mitarbeitende waren vor und nach der Einführung der Personenfreizügigkeit beim Kanton und den angegliederten öffentlich rechtlichen Anstalten beschäftigt?
2. Welche Direktionen sind dabei am stärksten betroffen, welche Schwerpunkte sind dabei vorhanden?
3. Wie sieht die Verteilung von ausländischen Mitarbeitenden bezüglich der Normal-/Kader-Stellen bzw. bezüglich Lohnklassen aus?
4. Wie wird das Kriterium, ob jemand Schweizer oder EU-Ausländer ist bei der Besetzung von Stellen angewandt?
5. Vertritt die Regierung auch die Meinung, dass bei gleicher Qualifikation einem Schweizer Arbeitnehmenden den Vortritt gelassen werden sollte?
6. Welche Einschränkungen gern. Frage 4 gibt es derzeit durch Bundesrecht?
7. Wie stuft der Regierungsrat die Risiken der vermehrten Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften beim Kanton auf die Sicherheit ein?
8. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, bei Neubesetzungen vermehrt Schweizerische Arbeitnehmende zu berücksichtigen?

9. Welche weiteren Probleme sieht der Regierungsrat bezüglich der Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf die Situation bei der kantonalen Verwaltung?

Ich bitte die Regierung um schriftliche Beantwortung meiner Fragen. Besten Dank.